

Initiative Zukunft Handel

TEDi – Siemes Schuhcenter – KiK – Woolworth – Thalia
Jeans Fritz – Poco – Roller – Butlers

Koordinierendes Büro: Silvan Wohlfarth, CEO TEDi GmbH & Co. KG, Brackeler Hellweg 301, 44309 Dortmund,
Tel. 0231/555771017, Email: Aline.Grund@tedi.com

Herrn
Armin Laschet, MdL
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-
Westfalen
Horionplatz 1
40213 Düsseldorf

Dringender Appell des Einzelhandels nach der Ministerpräsidentenkonferenz vom 22./23.03.2021

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

wir kommen zurück auf unser Schreiben an Sie vom Wochenende. Die hier unterzeichnenden Unternehmen sehen mit großer Sorge und Unverständnis, dass die Politik zum wiederholten Male Entscheidungen getroffen hat, die einseitig den Handel, seine vielen tausend kleinen, mittleren und großen Unternehmen sowie hunderttausende von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern belasten. Keine Frage, das Virus ist radikal – und der Handel verschließt sicherlich nicht vor der Herausforderung dieser Pandemie die Augen –, aber die Politik bleibt in ihrer Reaktion erschreckend inkonsequent.

Diese Inkonsequenz der Politik nimmt dem Handel Tag für Tag, Woche für Woche, Monat für Monat die finanzielle Grundlage. Entscheidungen auf Raten in der Politik führen zu einem Sterben auf Raten im Handel. Und mit unserer Branche sterben die deutschen Innenstädte. Diese Entwicklung kann niemand wollen.

Was sich die Handelsunternehmen gerade jetzt erhoffen, wäre politische Führung und eine kreative Mischung aus konsequenten Anti-Corona-Maßnahmen, bei gleichzeitiger Ermöglichung praktikabler Lösungen und schnellen, unbürokratischen sowie deutlich erhöhten finanziellen Hilfen. Was wir jetzt bekommen haben, ist ein Irrgarten von Entscheidungen, die so komplex sind, dass sie nicht nur unverständlich sind, sondern uns auch die Zukunftsperspektive nehmen.

Wir sagen in aller Deutlichkeit: Für uns als Branche, aber auch für unser Land, wäre eine konsequente, in sich schlüssige, dann aber auch zeitlich eingegrenzte Bekämpfungsstrategie besser als eine Politik des Schreckens ohne Ende. Wir appellieren daher nochmals eindringlich an die Politik: Führen Sie einen Dialog **mit** und nicht **ohne** uns. Wir sind zu radikalen Schritten bereit, wenn die Politik uns ihrerseits mit radikalen Maßnahmen in der schlimmsten Krise unserer Branche seit dem Zweiten Weltkrieg unterstützen würde.

So enttäuscht wir über die bisherige Gesprächsverweigerung seitens der Politik gegenüber dem Handel sind – so sehr setzen wir auf Vernunft eine ganze Branche wirtschaftlich nicht untergehen zu lassen. Deshalb bieten wir den Bundes- und Landesregierungen den Aufbau einer neuen Verantwortungs-partnerschaft zwischen Politik und Unternehmen an. Zu dieser Partnerschaft gehören:

1. Die Weiterverfolgung von kreativen Test- und Modellprojekten. Je schneller wir hier weiterkommen, desto eher haben wir eine Chance ohne zusätzliche Sicherheits- und Infektionsrisiken zu lockern; mindestens aber zum Ende der Pandemie hin schneller und umfassender unseren Geschäftsbetrieb wieder aufnehmen zu können. Dazu gehört auch die

Nutzung neuer digitaler Sicherheits-Apps – wie der Luca-App –, bei denen wir Kontaktdaten transparent machen und die Nachverfolgung sicherstellen können. Darüber hinaus wollen wir am Verfahren „Click and Meet“, am besten ohne Kopplung an Inzidenzwerte, als kleinem Hoffnungsschimmer festhalten.


2. Eine Lösung für die immer drängendere Frage nach Mietgerechtigkeit zu finden. Wir brauchen hier den Staat als Vermittler und finanziellen Unterstützer, damit die hohen Mietbelastungen in Zeiten von Null-Umsatz gerecht verteilt werden können. Zudem brauchen wir rechtliche Lösungen, um Kündigungsoptionen von Vermietern im Falle nicht gezahlter Mieten einschränken zu können.
3. Wir brauchen nicht nur schnelle, unbürokratische und höhere finanzielle Unterstützung, sondern neue Strukturen und Prozesse zur Umsetzung eines zusätzlichen Hilfsfonds Handel. Der neue Beschluss von Bund und Ländern sieht unter Punkt 8 ein etwas schwammiges „ergänzendes Hilfsinstrument“ vor, um den Unternehmen zu helfen, „die im Rahmen der Corona-Pandemie besonders schwer und über eine sehr lange Zeit von Schließung betroffen sind“. Wir brauchen diese Lösung schnell und sie darf keine Betriebsgröße ausschließen oder diskriminieren. Deshalb bitten wir eindringlich darum, dass insbesondere der Bundeswirtschafts- und Bundesfinanzminister an einem Strang ziehen und ministeriumsübergreifend eine effektive Lösung finden, um die entsprechenden Hilfen zielgenau und bedarfsgerecht den Unternehmen zur Verfügung zu stellen. Die mangelnde Geschlossenheit der Bundesregierung – gerade zwischen diesen beiden Ministerien – hat immer wieder zu Reibungsverlusten auf Kosten der Unternehmen geführt.
4. Wir bitten gerade bei einer Verschärfung des Lockdowns um ganz klare Spielregeln für den Handel, um extreme Benachteiligungen zwischen dem Lebensmitteleinzelhandel und dem Non-Food-Handel zu verhindern.

Bitte lassen Sie uns über diese Punkte in ein konstruktives Gespräch kommen. Wir bieten Ihnen diesen Dialog an – er ist für viele Unternehmen im Handel auch die letzte Hoffnung, die eigene Existenz zu retten. Eine Politik, die sich diesem Gespräch verweigert, verweigert sich auch ihrer Pflicht Schaden von den Menschen und den Unternehmen, die diesen Menschen Arbeitsplätze und damit Zukunft geben, abzuwenden.

Mit freundlichen Grüßen



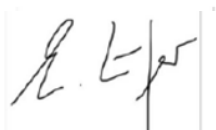
Patrick Zahn
KIK




Silvan Wohlfarth
TEDi



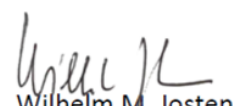
Roman Heini
Woolworth



Ernst Schäfer
Jeans Fritz




Dr. Michael Heller
Roller



Wilhelm M. Josten
Butlers



Michael Busch
Thalia



Heinz Willi Siemes
Siemes Schuhcenter



Thomas Stolletz
Poco